

# Lohnt sich mehr Lohn?

von

Heiner Flassbeck

WuM, September 2010

Obwohl in diesem Jahr kaum neue Tarifverhandlungen für die deutsche Industrie anstehen, beginnt bereits eine breite Lohndiskussion. Alle Seiten positionieren sich und wie immer in solchen Phasen fährt der Großteil der deutschen Presse eine Kampagne zur Unterstützung der Arbeitgeber, die wiederum unter dem Stichwort „Facharbeitermangel“, figuriert, aber natürlich suggerieren soll, höhere Löhne würden gar nichts helfen, weil es die Facharbeiter, die man für den Aufschwung braucht, in Deutschland gar nicht gibt.

Die einfache Wahrheit, dass in einer Marktwirtschaft immer die Preise steigen müssen, wenn ein Gut oder ein Produktionsfaktor knapp ist, ganz gleich ob es das Gut gibt oder nicht, gilt diesmal natürlich nicht. Marktwirtschaft benutzen wir nur so, wie es uns in den Kram passt. Folglich wird die Knappheit der Arbeit schnell überblendet von der Drohung für die Arbeitnehmer, jetzt würden die Grenzen geöffnet, um die Facharbeiter aus dem Ausland zu holen.

Diese Kampagne wurde in den letzten zwei, drei Aufschwungsjahren jeweils so plump vom Zaun gebrochen, dass eigentlich jeder die Absicht begreifen und gegen diesen Unfug protestieren müsste. Die Schrödersche „Greencard“, die genau aus einer solchen Kampagne hervorging, war schließlich der Flop des Jahrhunderts. Da es aber sowieso praktisch keine kritische Presse mehr gibt, ist es einigen Blogs wie den Nachdenkseiten.de vorbehalten, auf einen solchen Skandal hinzuweisen.

Die Arbeitgeber entblöden sich nicht, mit dem guten Abschneiden Deutschlands im Export zu prahlen, um weitere Lohnzurückhaltung zu begründen. So sagt Dieter Hundt, der Präsident der deutschen Arbeitgeberverbände, die „angemessene Tarifpolitik der vergangenen Jahre“ habe (durch Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit) dazu beigetragen, dass Deutschland vergleichsweise gut durch die Krise gekommen sei (im Rheinischen Merkur vom 5. August). Da fragt man sich, von welchem Land der Mann redet. Von dem Land, das mit über fünf Prozent einen der tiefsten Einbrüche überhaupt hatte? Von dem Land, das fast einhundert staatliche Milliarden aufgewendet hat, um seine Banken zu retten? Von dem Land, das seine Nachbarn wegen seiner hohen Wettbewerbsfähigkeit in eine so tiefe Krise getrieben hat, dass es auch dort nur mit hunderten von Milliarden gelang, das Auseinanderbrechen der Eurozone zu verhindern und damit den deutschen Export zu retten?

Aber auch die Gewerkschaften argumentieren ungeschickt und hasenfüßig. Im gleichen Rheinischen Merkur sagt Berthold Huber, der Vorsitzende der IG Metall, „Bei den Einkommen nach der Krise maßhalten, wie es die Arbeitgeberfunktionäre fordern, ist ökonomisch kontraproduktiv, weil es den Binnenmarkt schwächt“. Da fragt man sich allerdings, wie das mit dem Binnenmarkt inmitten der Krise gewesen ist. Haben die Lohnzurückhaltung und die teilweise massive Lohnkürzungen im vergangenen Jahr keinen Ein-

fluss auf die Binnennachfrage gehabt und warum nicht? Gelten in der Krise andere ökonomische Gesetze?

Da merkt man, dass nicht nur für Arbeitgeber, sondern auch für Gewerkschaftsfunktionäre „Export“ offenbar ein ganz besonderer Saft ist. Wenn man den Export durch „einen Beitrag der Beschäftigten“, so Huber, rettet, darf „in der Krise“ auch der Binnenmarkt schwach werden. Dass Export irgendwo auf der Welt immer Binnennachfrage ist, und dass die deutschen Exporte von den anderen Ländern in letzter Konsequenz immer nur mit eigenen Exporten nach Deutschland (also Importen in Deutschland) bezahlt werden können, wird trotz Eurokrise immer noch nicht verstanden.

Wer ernst genommen werden will mit seiner Argumentation, muss schon schlüssig bleiben. Er muss darauf hinweisen, dass weniger steigende oder gar sinkende Löhne immer unmittelbar geringere Binnennachfrage und geringere Importe bedeuten. Weil die Arbeitgeber bei sinkenden Löhnen - weder in der Krise noch im Aufschwung - sofort so viele Arbeitskräfte einstellen, dass die sinkende Nachfrage je Arbeitnehmer ausgeglichen würde, gibt es immer einen negativen Binnenmarkteffekt, der den kurzfristig positiven Exporteffekt konterkariert.

Dass jetzt ganz Deutschland über den neuerlichen Exportboom jubelt, ist mehr als erstaunlich, es ist erschreckend. Man weigert sich mit einer geradezu kindischen Trotzhaltung zu verstehen, dass die eigenen Exportüberschüsse woanders Importüberschüsse sind und neue Auslandsverschuldung bedeuten. Dass einige Medien lautstark verkünden, Deutschland ziehe mit seinem Exportboom ganz Europa aus dem Sumpf, ist mehr als kindisch, es ist zynisch oder dumm.

Mit Abstand das Tollste aber ist, dass in einer Zeit, wo die einen konservativen Kreise den Facharbeitermangel beschwören, andere nicht minder konservative Kreise das Ende des Wachstums predigen. In einer Zeit, in der die größte deutsche Bank ohne jede Zugeständnis an die Ursachen der Krise an ihrem Ziel festhält, eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent zu erreichen, wird den kleinen Leuten sozusagen von den Aktionären dieser Bank erklärt, sie sollten sich gefälligst mit dem zufriedengeben, was sie haben, mehr könne es in Zukunft einfach nicht mehr geben.

Die naheliegende Frage, wieso diejenigen, die schon fast alles haben, einen Zuwachs ihres Kapitals von 25 Prozent pro Jahr „brauchen“, während die weit weniger begüterten und die wirklich Armen sich mit dem begnügen sollen, was sie gerade haben, wurde, so weit ich es gesehen habe, in den deutschen Standardmedien nicht einmal gestellt. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Die Eigentümer der Deutschen Bank fordern, dass ihr Einkommen aus Kapitalvermögen um 25 Prozent wächst, während man die Arbeitnehmer nach vielen Jahren mit extrem niedrigen Einkommenszuwächsen erneut mit einer Zahl nahe Null abspeisen will. Viele Menschen in den oberen Einkommensklassen haben offenbar jeden Sinn dafür verloren, wie weit man den einer Gesellschaft implizit zugrundeliegenden Vertrag strapazieren kann, bevor er reißt.

